



LUDWIG-
MAXIMILIANS-
UNIVERSITÄT
MÜNCHEN

HISTORISCHES SEMINAR
LEHRSTUHL FÜR NEUESTE GESCHICHTE
UND ZEITGESCHICHTE



Die Münchner Stadtverwaltung im Nationalsozialismus

Forschungsbericht März 2020 bis Februar 2022

Forschungsprojekt des Historischen Seminars der LMU München
Abteilung Neueste Geschichte und Zeitgeschichte
im Auftrag der Landeshauptstadt München
in Kooperation mit dem Stadtarchiv München

Februar 2022

Inhaltsübersicht

1. Forschungsverträge
2. Ergebnisse und vorläufige Befunde der vierten Forschungsphase
 - 2.1 Die Ernährung/Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln
 - 2.2 Die Stadt und der Tod
 - 2.3 Schule und städtische Kultureinrichtungen im nationalsozialistischen München
 - 2.4 Die Stadt München und ihre Jugend: städtische Jugendpolitik, Kinder- und Jugendpflege, Fürsorge (assoziiertes Projekt)
3. Präsentation und wissenschaftliche Vernetzung
4. Folgen aus der Corona-Pandemie

1. Forschungsverträge

Die Vollversammlung des Stadtrats hat am 18. März 2009 die wissenschaftliche Aufarbeitung der Rolle der Stadtverwaltung und der städtischen Eigenbetriebe im „Dritten Reich“ beschlossen. Ausgehend von einem Basiskonzept des Stadtarchivs, wurde hierzu ein Forschungsprojekt initiiert und mit dessen Durchführung der Lehrstuhl für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität (Prof. Dr. Hans Günter Hockerts, nach dessen Emeritierung seit März 2010 Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze) beauftragt. Halbjährlich unterrichtet das Forschungsprojekt seitdem das Stadtarchiv schriftlich über den Stand der Arbeiten. In bisher drei längeren Zwischenberichten wurde der Stadtrat über den Gang der Forschungen und ihrer Ergebnisse informiert, Der Stadtrat hat vor dem Hintergrund dieser Berichte und vorliegender Anträge der Projektleitung mehrfach die Fortführung des Forschungsvorhabens bewilligt, nämlich durch seine Beschlüsse vom 23.11.2011, 20.5.2015, 28.6.2017 und schließlich 19.12.2018. Hier liegt nunmehr der vierte derartige Bericht an den Stadtrat für den Zeitraum von 03/2020 bis 02/2022 vor. Er informiert über die Forschungsphase 4, mit der das Gesamtvorhaben seinen Abschluss finden wird.

Für die Forschungsphase 4 wurden drei Projekte auf Dissertationsbasis unter Berücksichtigung der 2009 definierten Forschungsbausteine konzipiert: „Ernährung/Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln“, „Die Stadt und der Tod“ sowie „Schule und städtische Kultureinrichtungen im nationalsozialistischen München“. Die Vorhaben wurden durch die Vorvereinbarung zum Forschungsvertrag (28.2./18.3./11.4.2019) sowie durch den finalen Forschungsvertrag vom 16.12.2019/10.1.2020 zwischen LMU, Projektleitung und Landeshauptstadt München in die erforderliche Rechtsform gebracht

2. Ergebnisse und vorläufige Befunde der vierten Forschungsphase

2.1 Die Ernährung/Versorgung der Stadt mit Lebensmitteln (Marlis Lapazinski, seit 1.6.2019)

Kaum ein Thema ist für den Menschen auf individueller Ebene so essentiell wie das der Ernährung. Die Sicherung und Gestaltung der Ernährungslage war seit jeher auch ein machtvolleres Herrschaftsinstrument, mit dem politisch Verantwortliche die Loyalität der Bevölkerung zu erringen und zu bewahren suchten. Die Bevölkerung Münchens stand zur Zeit des Nationalsozialismus in einem von Aufrüstung und Kriegsführung getriebenen Spannungsverhältnis von Konsum und Mangel, das auch die Stadtverwaltung (als einer von mehreren politischen Akteuren im Machgefüge des NS) mitgestaltete. In ihrer Studie nimmt Marlis Lapazinski München als politischen, wirtschaftlichen und sozialen Raum in den Blick, um die NS-Herrschaft als komplexes System vielfältiger Machträume und Aushandlungsprozesse im Bereich von Ernährung und Versorgung zu analysieren. Sie ist inzwischen damit befasst, ihre Forschungsergebnisse zu verschriftlichen.

Im Zentrum der Recherchen stehen folgende Fragen:

- Wodurch war im Bereich der Ernährungswirtschaft das Verhältnis der Stadt München zu anderen staatlichen Ebenen bzw. der Partei gekennzeichnet? Welche Handlungsspielräume gab es; welchen Grad an Kooperation, Konkurrenz und Konflikten? Konnte die Stadt ihre exponierte Rolle als „Hauptstadt der Bewegung“ nutzen und Privilegien erreichen?
- In welchen Bereichen und auf welche Weise konnte die Stadt die Lebensmittelversorgung mehr oder weniger eigenständig mitgestalten, und welche Auswirkungen hatte diese Gestaltung auf die Bindung der Bevölkerung an das NS-Regime?
- Welche Folgen hatten Zäsuren, insbesondere der Kriegsbeginn, für die Rolle der Stadt im Bereich der Lebensmittelversorgung und für die Ernährung der Bevölkerung?

Diese Fragen werden in den einzelnen Teilen der Arbeit in jeweils unterschiedlichen Gewichtungen behandelt. Das erste Kapitel stellt die Rolle der Stadt als Ernährerin vor und verdeutlicht, was man sich hinter der Formulierung „städtische Lebensmittelversorgung“ konkret vorzustellen hat. Die zentralen Handlungsfelder, Akteure und

Institutionen werden vorgestellt und innerhalb des Organisationsgefüges der Stadtverwaltung lokalisiert, ebenso wie Bezüge zu den übergeordneten Staats- und Parteistellen.

Handlungsfelder der städtischen Lebensmittelversorgung waren insbesondere der städtische Schlacht- und Viehhof und die städtische Großmarkthalle mit den Lebensmittelmärkten. Die 1912 eröffnete Großmarkthalle entwickelte sich in den 1920er Jahren durch zahlreiche Ausbauten zu einem internationalen Hauptumschlagplatz für Obst und Gemüse. Der 1878 eröffnete Münchner Schlacht- und Viehhof war in den 1930er Jahren der drittgrößte seiner Art im Deutschen Reich, hatte ebenfalls überregionale Bedeutung und erfuhr seine wichtigsten Ausbauten ebenfalls bereits während der 1920er Jahre. Während der NS-Zeit erfolgten keine nennenswerten Ausbauten beider städtischer Betriebe, auch wenn die Stadtspitze gerne ihre Bedeutung betonte und sich darüber zu inszenieren wusste. Ein besonders interessanter Akteur ist in diesem Zusammenhang der Direktor des Schlacht- und Viehhofes Max Müller. Oberbürgermeister Karl Fiehler setzte den überzeugten Nationalsozialisten, ausgebildeten Veterinär und außerplanmäßigen Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München auf den höchsten Posten des städtischen Veterinärwesens, nachdem er dafür gesorgt hatte, dass der bisherige Direktor seinen Posten räumen musste. Als Direktor zeigte sich Müller ambivalent. Einerseits war er karrieristischer Profiteur, andererseits kritisierte er offen die NS-Ernährungswirtschaft und ihre Folgen auf kommunaler Ebene.

Wohlfahrtspolitische Maßnahmen wie Speisungen und die Bereiche Gaststätten und Lebensmitteleinzelhandel waren weitere Handlungsfelder städtischer Lebensmittelversorgung. Die Gaststätten und der Lebensmitteleinzelhandel unterstanden dem Gewerbeamt im Rahmen des Bezirkspolizeireferats. Ein zentraler Akteur, der über die gesamte Zeit des NS-Regimes nationalsozialistische Politik in München gestaltete, war Richard Vilsmaier. Nach Eintritt in städtische Dienste 1933 war er zunächst im Büro des Oberbürgermeisters tätig und hier unter anderem für den personalpolitischen Untersuchungsausschuss zuständig. Er machte dann im Bezirkspolizeireferat Karriere, bevor er mit Beginn des Zweiten Weltkriegs das Ernährungs- und Wirtschaftsamt und das Bezirkspolizeidezernat leitete.

Das zweite Kapitel nimmt den Schlacht- und Viehhof als Mikrokosmos unter die Lupe. Die verschiedenen Akteure im Bereich des Viehhandels und die konkrete Einbindung des städtischen Schlacht- und Viehhofes in die NS-Ernährungswirtschaft bilden hier

die zentralen Bezugspunkte. Die Stadtspitze achtete mit Argusaugen auf die Vieheinfuhr und versuchte, ihren Einfluss unter anderem gegenüber dem Viehwirtschaftsverband geltend zu machen. Gerade im Bereich der Vieh- und Fleischwirtschaft kamen die Auswirkungen der rigide gelenkten NS-Ernährungswirtschaft auf kommunaler Ebene besonders plastisch zum Ausdruck. Die Stadt München begehrte immer wieder, allerdings erfolglos, gegen die Folgen dieser restriktiven Politik auf, die lückenhafte Vieh- und Fleischzufuhren für München zur Folge hatte und damit nicht nur die Lebensmittelversorgung der Stadtbevölkerung, sondern auch die Wirtschaftlichkeit des Schlacht- und Viehhofes gefährdete.

Der kommunale Viehhof war auch jener Ort, an dem sich das Vorgehen der Stadt gegen die jüdischen Viehhändler konkret greifen lässt, deren Gewerbe in München eine lange Tradition hatte. Die Stadt handelte hier, noch bevor übergeordnete politische Ebenen den Ausschluss von Juden gesetzlich vorschrieben. Die Intervention der Stadt gegen das rituelle Schächten hatte hingegen bereits eine längere Vorgeschichte. Schon in den 1920er Jahren positionierte sich der damals noch als Oberveterinärarzt angestellte spätere Direktor gegen das Schächten, genauso wie die NSDAP-Fraktion bereits 1925 dagegen agitierte.

Das dritte Kapitel nimmt die Perspektive der Konsumentinnen und Konsumenten ein und untersucht die „Volksgemeinschaft“ im Sinne einer Konsumgemeinschaft. Kennzahlen wie Kleinhandelspreise, Indexziffern über die Lebenshaltungskosten, Löhne und Gehälter geben einen Eindruck von den bestehenden Konsummöglichkeiten in den Jahren vor dem Krieg. Der Lebensmitteleinzelhandel und Gaststätten als besondere Orte des Konsums und des städtischen Einflusses sind hier zudem Thema. Speisekarten gewähren einen Blick in das Angebot der Gaststätten, während Kochbücher, Kochratgeber mit speziellem Bezug zu München, Kochwettbewerbe und Schulungen den Bereich der häuslichen Ernährung beleuchten. In beide Sphären versuchte das NS-Regime einzuwirken. Bei den Versuchen, die Ernährungsgewohnheiten der Stadtbevölkerung im Sinne der sogenannten nationalsozialistischen „Nahrungsfreiheit“ zu verändern, kam der propagandistischen Einwirkung über die lokale Presse besondere Bedeutung zu.

Das vierte Kapitel betont den tiefen Einschnitt des Krieges, der aufgrund der öffentlichen Bewirtschaftung von Lebensmitteln für Stadtverwaltung und Stadtgesellschaft neue Aufgaben und Handlungsweisen forderte. Dies spiegelte sich im Organisations-

aufbau der Stadtverwaltung in dem auf Weisung des Reichs neu zu errichtenden Ernährungsamt als Kriegssonderbehörde wider, dem es oblag, die rationierten Lebensmittel zu verteilen. Die Bezugskarte ersetzte zunehmend das Geld. Dokumente des Münchner Ernährungsamtes sind für die Kriegszeit allerdings nur spärlich überliefert. Den Schwerpunkt der Überlieferung bilden vielmehr die unmittelbaren Nachkriegsjahre bis zur Auflösung des Ernährungsamtes im Jahr 1950, als die Rationierungen endeten. Glücklicherweise können überlieferte Akten der Sondergerichte im Staatsarchiv München einige Überlieferungslücken bestimmter Tätigkeitsbereiche während des Krieges kompensieren. Die überlieferten Strafverfahren gegen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verteilungsstellen offenbaren, wie anfällig für Missbrauch diese Orte städtischen Arbeitens waren. Das rigorose Vorgehen der Sondergerichte erlaubt darüber hinaus Rückschlüsse auf den Arbeitsalltag im Ernährungsamt, auf eigensinniges, aber auch konformes Verhalten und nicht zuletzt auf die Bedeutung der Erwerbsarbeit von Frauen für die Aufrechterhaltung der Lebensmittelversorgung.

Der Blickwinkel der Bevölkerung gerät über Vernehmungsprotokolle im Rahmen dieser Strafverfahren, aber auch indirekt über die mediale „Mobilisierung“ der städtischen „Volksgemeinschaft“ in den Blick. Das Kapitel legt außerdem gesellschaftliche Hierarchisierungen offen, die sich in einem breiten Spektrum zwischen Diskriminierungen und Privilegien bewegten. Einen Schwerpunkt bilden hier versuchte Ausbrüche aus der Zwangsrationierung wie der Missbrauch von Lebensmittelkarten, der Schwarzmarkt und Diebstahlsdelikte.

Ogleich es weiterhin Angebote gab, um sich die Loyalität der Münchner Bevölkerung zu sichern, war die Stadt im Kriegsverlauf mit zunehmenden Herausforderungen konfrontiert. Die abnehmenden, schließlich unterbrochenen Belieferungen mit Gütern und Waren und zerstörte Verkehrswege stellten sie ebenso vor neue Probleme wie die zunehmenden Zerstörungen des Schlacht- und Viehhofes und der Großmarkthalle. Auch die infolge von Zerstörungen und Stilllegungen deutlich reduzierte Anzahl an Gaststätten und Lebensmittelgeschäften ist Teil dieser Alltagsgeschichte des Kriegs, welche die Frage der Bindung der Stadtbevölkerung an das Regime noch einmal neu aufwirft.

Im Mittelpunkt des abschließenden fünften Kapitels stehen die unmittelbare Nachkriegszeit und die Frage nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten für die Stadtverwaltung und den Alltag der Münchner Bevölkerung. Die Ernährung der Bevölkerung zu

sichern, war ein vorrangiges Ziel der US-Militärregierung, die dafür auf die städtischen Infrastrukturen und den Verwaltungsapparat zurückgreifen musste. Das Kapitel betont die administrative Kontinuität des Ernährungsamtes als städtische Behörde bis 1950 und die fortdauernden Rationierungen, nimmt aber auch die Betriebe der Lebensmittelversorgung unter der Perspektive von Improvisation und Instandsetzung in den Blick. Die personalpolitischen Implikationen der „Entnazifizierung“ für die städtische Lebensmittelversorgung bilden hier einen Schwerpunkt. Veränderte Versorgungshierarchien, Hilfsmaßnahmen und Versuche, das Rationierungswesen zu umgehen, illustrieren schlaglichtartig Handlungsmöglichkeiten und -grenzen der Bevölkerung.

2.2 Die Stadt und der Tod (Lena Pedersen, seit 1.8.2019)

Lena Pedersen nimmt in ihrem Projekt die Arbeit der Münchner Stadtverwaltung im Bereich des Bestattungswesens in den Blick, insbesondere die Rolle des städtischen Bestattungsamtes, des Stadtrates und des Bürgermeisters. In München hatte das Bestattungsamt einen Monopolanspruch, da es zur Zeit des Nationalsozialismus keine privaten Bestattungsinstitute in der Stadt gab. Dadurch wurde jeder Todesfall automatisch durch das Bestattungsamt bearbeitet, was der Stadt ein großes Maß an Kontrolle über den Umgang mit Verstorbenen verschaffte. Neben der bürokratischen Verwaltung des Todes betreute das Bestattungsamt auch die Münchner Friedhöfe, die mehr waren als nur eine Ansammlung von Grabstellen. Insbesondere der Münchner Waldfriedhof, als erster seiner Art weltweit, war ein touristisches Aushängeschild. Die Stadt war durch ihr Bestattungsamt, das alle Aufgaben von der Anmeldung der Todesfälle über die Bestattungen und die Pflege der Gräber und Friedhöfe übernahm, ein höchst aktiver Akteur in der lokalen Trauer- und Bestattungskultur. Durch sein breites Aufgabengebiet kam das Amt mit allen Teilen der Münchner Bevölkerung in Kontakt, sodass sich hier die wechselseitigen Beziehungen zwischen nationalsozialistischem Herrschaftssystem und Münchner Stadtgesellschaft untersuchen lassen: Das Bestattungsamt war einerseits die Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger, die schwere Verluste erlitten hatten und sich in einer empfindlichen emotionalen und herausfordernden Ausnahmesituation befanden, andererseits war es als Amt der Stadtverwaltung auch Teil des nationalsozialistischen Herrschaftssystems.

Das Forschungsprojekt orientiert sich an drei Leitfragen:

- Welchen Einfluss hatte die nationalsozialistische Weltanschauung auf die Trauer- und Bestattungskultur in München und die Arbeit des Bestattungsamtes? Wie nachhaltig war dieser Einfluss?
- In welchen Bereichen hatten die städtischen Institutionen Handlungsspielräume, und wie nutzten sie diese? In welcher Beziehung standen die städtischen Akteure zu Reichs- und Parteistellen, der Wehrmacht, der Kirche und der Stadtgesellschaft?
- Wie stark wirkte im Bestattungswesen die Zäsur durch den Kriegseinbruch? Wie versuchte die Stadt, trotz Kriegswirtschaft, Mangel und Luftkriegstoten den Pietätsmaßstäben ihrer Zeit weiter zu entsprechen?

Zur Beantwortung dieser Fragen hat sich die Bearbeiterin für eine überwiegend chronologische Gliederung entschieden. Dabei ist die Arbeit in vier Sektionen aufgeteilt:

Die erste Sektion verortet das städtische Bestattungsamt in den verschiedenen Kontexten, in denen es agierte. So sollen in einem ersten Schritt die für die Studie wichtigen Akteure benannt und die Vernetzung des Bestattungsamtes mit anderen Institutionen skizziert werden. Das erste Kapitel ordnet das Bestattungsamt in das Gefüge städtischer Ämter, Referate und Dezernate ein. Das zweite Kapitel verortet das Münchner Bestattungsamt auf der Reichsebene, einmal im Bereich der nationalsozialistischen Kommunalpolitik und einmal im Bestattungsgewerbe. Dadurch soll vor allem gezeigt werden, dass nicht zuletzt wirtschaftliche Aspekte im Bestattungswesen eine große Rolle spielten und Bestattungsämter in der Regel in wirtschaftlicher Konkurrenz mit privaten Bestattungsunternehmen standen. Auch thematisiert das Kapitel die Vernetzung der Kommunen untereinander, indem es auf den Deutschen Gemeindetag und das Hauptamt für Kommunalpolitik in Sachen Bestattungskultur eingeht. Das dritte Kapitel gibt einen Überblick über die Vielzahl von lokalen Verbindungen, die das Bestattungsamt jenseits der Stadtverwaltung hatte, etwa die lokalen Stellen der NSDAP, Hinterbliebene sowie Vertreter der Kirchen und der Wirtschaft. Das Kapitel wendet sich ferner der räumlichen Dimension des Bestattungsamtes zu, neben dem Amtsgebäude selbst vor allem den Münchner Friedhöfen.

In der zweiten Sektion wendet sich die Studie dem „Bestattungsalltag“ im Nationalsozialismus zu. Dabei geht es neben dem „Alltagsgeschäft“ – also den täglich auf den

Friedhöfen und im Amtsgebäude anfallenden Arbeiten – auch um Aspekte, die erst durch den Nationalsozialismus zum Alltag wurden. Das erste Kapitel dieses Abschnittes untersucht die Entwicklung der Bestattungs- und Trauerpraxis in München. Darunter fallen etwa der Leichentransport, die Erd- und Feuerbestattung, Trauerfeiern, die Wahl der Sarg- und Leichenausstattung, die Auswahl des Grabsteines und die gärtnerische Pflege des Grabes. Vor diesem Hintergrund blickt das folgende Kapitel auf die Ausnahmefälle. Dabei geht es erst um Privilegierungen für sogenannte „Altparteigenossen“, denen in einem zweiten Schritt Diskriminierungen und Ausschlüsse von den städtischen Friedhöfen gegenübergestellt werden. Dies betraf vor allem die jüdischen Münchnerinnen und Münchner. In diesem Kontext wird auch das Schicksal der israelitischen Friedhöfe Münchens in den Blick genommen. Außerdem untersucht das Kapitel den Umgang des Bestattungsamtes mit Verstorbenen, die nicht zur nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ gehörten, aber die aus rechtlichen Gründen dennoch auf den städtischen Friedhöfen bestattet werden mussten. Dazu zählten die Opfer der Konzentrationslager und die Hingerichteten aus Stadelheim, dem Gefängnis der Stadt. Ein drittes Kapitel untersucht die Trauer- und Ehrungspraxis auf Ebene der Stadtspitze, also Stadträte, Ratsherren und Bürgermeister. Sie entschieden, wann und in welcher Form die Stadt München offiziell um jemanden trauerte oder einen Verstorbenen ehrte. Auf Ebene der städtischen Trauerfeiern schlug sich die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten besonders nieder. Schnell waren viele Posten der Stadtspitze mit Parteimitgliedern, insbesondere sogenannten „Alten Kämpfern“ besetzt, was großen Einfluss auf die städtische Trauer- und Ehrungspraxis hatte, die sich außerdem mit Erfolg als Ort im nationalsozialistischen Totenkult etablierte.

Die dritte Sektion untersucht das Sterben im Krieg. Hier sollen die Bestattungen der verschiedenen Personengruppen, die während des Krieges und durch den Krieg starben, und die Einschnitte im Arbeitsalltag des Bestattungsamtes im Vordergrund stehen. Das erste Kapitel untersucht den kommunalen Umgang mit verstorbenen Soldaten, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitskräften. Dabei mussten sich die Stadt und insbesondere das Bestattungsamt fragen, welche Ausstattungsklassen, Gräber und Trauerfeiern für jede Gruppe oder jeden Einzelfall angemessen waren. Die Überlegungen der Verantwortlichen waren dabei auch von völkischen Ideen und rassistischen Leitvorstellungen „geprägt, stärker noch, als dies im Ersten Weltkrieg der Fall gewesen war. Das zweite Kapitel beschäftigt sich vorrangig mit den zivilen Opfern des Krieges, den Luftkriegstoten. München wurde besonders in der zweiten Kriegshälfte

wiederholt Ziel von alliierten Luftangriffen. Das Bestattungsamt musste zusammen mit Parteistellen und der Polizei die Leichen bergen, bestatten und Trauerfeiern ausrichten. Das Kapitel untersucht die organisatorischen Aspekte, Probleme und Konflikte zwischen den beteiligten Akteuren und die auf Propaganda ausgerichteten Trauerfeiern. Außerdem brachte der Luftkrieg Einschnitte in die Arbeitspraxis des Bestattungsamtes: Die Verwaltungsgebäude, Friedhofsmauern und die Gräber selbst wurden beschädigt. Dennoch musste das Bestattungsamt, das gleichzeitig mit kriegsbedingtem Material- und Personalmangel kämpfte, ein höheres Arbeitspensum als zuvor bewältigen. Am Schluss des Kapitels wird der Einsatz von Zwangsarbeitskräften im Spannungsfeld von Personalmangel und Exklusionsmechanismen untersucht.

Die vierte Sektion soll die Jahre unmittelbar nach Kriegsende in den Blick nehmen, wodurch sich die schlechte Quellenlage der letzten Kriegsjahre etwas ausgleichen lässt. Erst nach Ende des Krieges wurden das Ausmaß der Zerstörung und die Einschnitte in das Leben der Stadtbevölkerung und die Arbeit der Stadtverwaltung fassbar. Das erste Kapitel befasst sich mit der Wiederherstellung der Friedhöfe und den Versuchen der Stadt, wieder einen geregelten Bestattungsablauf mit dem Ziel zu organisieren, die Bestattungspraxis auf das Niveau der Vorkriegsjahre zu heben. Außerdem mussten die Hinterlassenschaften des Nationalsozialismus von den Friedhöfen entfernt werden, beispielsweise die Hakenkreuze auf den Grabsteinen. Im Chaos der Nachkriegsjahre, so das letzte Kapitel, erreichten das städtische Bestattungsamt viele Anfragen nach vermissten Personen und Anträge auf Umbettungen Verstorbener auf andere Friedhöfe. Viele Menschen im Zweiten Weltkrieg waren fern der Heimat bestattet worden, und nun versuchten die Angehörigen, sie „nach Hause zu holen“. Außerdem musste das Bestattungsamt helfen, die Massengräber im Umfeld der Konzentrationslager zu finden und die Toten zu exhumieren, um sie würdig zu bestatten.

2.3 Schule und städtische Kultureinrichtungen im nationalsozialistischen München (Clara Sterzinger-Killermann, seit 1.2.2020)

Die Bearbeiterin Clara Sterzinger-Killermann beleuchtet in ihrer Arbeit unterschiedliche Münchner Bildungsinstitutionen. Ein Schwerpunkt liegt auf dem städtischen

Schulwesen, das im Zuständigkeitsbereich des Stadtschulreferates lag und als Schularten die Mittelschulen, höheren Schulen für Mädchen sowie Berufs- und Meister-schulen umfasste. Der Zuschnitt der Untersuchung auf die Mädchen- und Berufsbil-dung stellt einen neuartigen Zugriff dar, da die bisherige Forschung stark auf die staat-lichen Volksschulen und die staatlichen höheren Schulen für Knaben fokussiert war.

Einen zweiten Schwerpunkt der Studie bilden jene Einrichtungen, die ihr Hauptge-wicht auf die Erwachsenenbildung legten, also die städtischen Bibliotheken in der Hand des Kulturamtes und die Volkshochschule, die, gegründet als Verein, ab 1934 als Volksbildungsstätte der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ städtische Zu-schüsse erhielt.

Clara Sterzinger-Killermann misst den Akteuren, die die lokale Bildungslandschaft bestimmten, besondere Bedeutung zu und nimmt die Verantwortlichen der Münchner Bildungspolitik biographisch ausführlich in den Blick. Die Entlassungen der demo-kratischen Entscheidungsträger im Bildungswesen, die Auswirkungen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ in den Schulen und die neueingestell-ten Parteigenossen wie Stadtschulrat Josef Bauer oder Bibliotheksdirektor Dr. Her-mann Sauter werden hier untersucht. Aber nicht nur die Referatsleiter und Direktoren treten in Erscheinung, sondern vor allem auch die Männer in der „zweiten Reihe“, die infolge der vielfachen Inanspruchnahme oder gar Abwesenheit ihrer Vorgesetzten an deren Stelle agierten. Sie waren häufig ausgewiesene (promovierte) Verwaltungsex-perten, deren berufliche Karrieren teilweise von der Weimarer Republik bis ins „Dritte Reich“ und weit in die Nachkriegszeit reichten.

Die Studie untersucht den veränderten Bildungsalltag in München seit der nationalso-zialistischen Machtübernahme und befasst sich nacheinander mit der Politisierung und Steuerung der Lehrinhalte in den Bildungseinrichtungen, mit der Verschiebung von einer bildungsgeprägten zu einer politischen Erziehung ebenso wie mit Konkurrenz und Kooperation der Schulen mit HJ und BDM. Auch die Inklusions- beziehungsweise Exklusionsmechanismen des Münchner Bildungswesens werden in den Blick genom-men, darunter besonders die Reibungen und Konflikte, die durch die veränderten po-litischen Rahmenbedingungen entstanden: Schülerinnen, die Denunziationen nutzten, um die herkömmlichen Machthierarchien zu verschieben; ein Schulverweis aufgrund der Teilnahme an einem HJ-Sportlager; als widerständig betrachtetes Verhalten von Lehrkräften, das mit Dienststrafverfahren und Entlassungen geahndet wurde.

Die Auseinandersetzungen um Zuständigkeitsansprüche im Bildungsbereich ziehen sich durch die gesamte Arbeit, denn die Stadtverwaltung der „Hauptstadt der Bewegung“ war darum bemüht, Bildungseinrichtungen als Orte, an denen um die künftige Ordnung der Gesellschaft gerungen werde, in ihrem Zuständigkeitsbereich zu halten beziehungsweise diesen auszudehnen und gegen andere Akteure wie zum Beispiel die Deutsche Arbeitsfront zu verteidigen.

Durch den Zuschnitt auf die städtischen Berufs- und Meisterschulen ergeben sich vielfältige Berührungspunkte der städtischen Bildungseinrichtungen mit der örtlichen Wirtschaft. Hier spielten die Zusammenarbeit der Berufsschulen mit der Handwerks- bzw. der Industrie- und Handelskammer eine Rolle, aber auch Konflikte der Schulleitungen mit den Meisterinnen und Meistern des Handwerks. Daneben lässt sich auch eine politische Instrumentalisierung der Schulen durch die Politik erkennen, die man aber auch ggf. als Selbstmobilisierung interpretieren kann: So beteiligte sich zum Beispiel die Meisterschule für Mode mit ihren Modeschauen in Budapest 1940 und 1941 an der Auslandswerbung des Propagandaministeriums. Sie wurde vom Wirtschafts- und Propagandaministerium wegen ihrer Aufträge für Film und Theater als „kriegswichtig“ eingestuft, nachdem das Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung (REM) die Schule aufgrund der Kriegslage zuvor hatte schließen wollen.

Nach bisherigen Erkenntnissen der Bearbeiterin hatte das Schulreferat bei den Rahmenbedingungen des Unterrichts nur sehr geringe Gestaltungsmöglichkeiten. So hatte es bei Themen wie z.B. der Gestaltung des Stundenplans, der Priorisierung der Unterrichtsfächer, den Vorgaben bei Prüfungen oder der Schulgeldermäßigung kaum eigenständige Handlungsmöglichkeiten, da hier die Vorgaben aus Berlin kamen. Das Prozedere war in der Regel das folgende: Aus dem REM in Berlin wurden die Erlasse und Beschlüsse an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus versandt, das wiederum das Stadtschulreferat informierte, das die Mitteilungen nun seinerseits über den Schulverteiler an die Schulleitungen weitergab. Mit Beginn des Zweiten Weltkriegs lässt sich jedoch ein vermehrt eigenständiges Handeln des Stadtschuldezernates belegen. So wurde etwa die von Adolf Hitler angewiesene Einführung der staatlichen Hauptschule verzögert und stattdessen an den städtischen Mittelschulen festgehalten. Jüdische Lehrkräfte wurden teilweise weiterbeschäftigt. In einem Fall setzte sich Oberbürgermeister Karl Fiehler sogar für die Weiterbeschäftigung einer jüdischen Lehrkraft an einer städtischen Oberschule ein. Schließlich hielt die Stadt

München nach dem Erlass des REM, den Religionsunterricht an den Berufsschulen einzustellen, noch etliche Monate daran fest.

Das Projekt widmet sich auch den durch den Zweiten Weltkrieg verursachten gravierenden Einschnitten und Veränderungen im Bildungswesen. Hier geht es um den stark beeinträchtigten Schulalltag, der durch Leistungsrückgang, verringerten Unterricht und die (teilweise) Abwesenheit von Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern geprägt war. Durch den starken Lehrermangel griff das Stadtschuldezernat zum Beispiel auch auf ideologisch unliebsame Lehrkräfte zurück. Diesem nur noch in Teilen und in reduzierter Form stattfindenden Schulunterricht wird die „Volksbildung“ gegenübergestellt, deren Bedeutung im Krieg wuchs, da sie die „Heimatfront“ stärken sollte. So wurden die städtischen Bibliotheken und die NS-Volksbildungsstätte zu kriegswichtigen Betrieben bestimmt.

Ein Ausblick beleuchtet die Nachkriegszeit unter den Aspekten Entnazifizierung und Mangel – Aspekte, die thematische Brücken zu den anderen Projekten der Forschungsphase 4 herstellen.

2.4. Die Stadt München und ihre Jugend: städtische Jugendpolitik, Kinder- und Jugendpflege, Fürsorge (assoziiertes Projekt: Ina Deppe, M. A.)

Seit Oktober 2021 promoviert Ina Deppe nebenberuflich auf eigene Kosten zum Themenfeld Jugendpolitik/-fürsorge. Das Projekt wurde dem städtischen Forschungsverbund assoziiert, bildet es doch ein besonders wichtiges, bisher vernachlässigtes Element des Forschungsbausteins 8, das eine Brücke schlägt einerseits zum Bildungswesen der Stadt, andererseits zur städtischen Sozialverwaltung, wo der damalige Bearbeiter Florian Wimmer (†) die Jugend ausklammerte, um seine Studie nicht zu überfrachten. Die Jugendpflege bildete traditionell ein wichtiges Handlungsfeld kommunaler Daseinsvorsorge. Da die nationalsozialistische Ideologie ihre besondere Aufmerksamkeit auf die Jugend richtete, ergänzte sich die überkommene Jugendpflege um Züge einer dezidierten Jugendpolitik. Umso nachdrücklicher stellt sich daher die Frage, inwiefern reichsweite politische Ziele auf kommunaler Ebene durchschlugen bzw. sich Zonen eigenständiger städtischer Gestaltung erhalten konnten. Gleichzeitig stellten Jugendpolitik und -pflege Bereiche dar, die starke Auswirkungen auf die Alltagspraxen und Lebenswelten weiter Bevölkerungskreise hatten.

Das assoziierte Projekt untersucht mit Blick auf die Handlungsspielräume der städtischen Akteure ausgewählte Bereiche der Erziehung jenseits der Schulen. Anknüpfend an den Bestand Stadtjugendamt, richtet sich der Blick hier auf Brüche und Kontinuitäten in der städtischen Jugendpflege. Es reflektiert die Bedeutung der Jugendpflege als Indikator von Wandlungsprozessen im Verhältnis Staat :: Familie (Jugendfürsorge als staatliche Ersatzerziehung), die Folgen rassenbiologischer Deutungsmuster und auslesepädagogischer Handlungspraxen im Bereich der kommunalen Jugendarbeit (etwa die Zwangserziehung „auffälliger“ Jugendlicher im Verantwortungsbereich der Stadt), Kooperationen und Konflikte der städtischen Jugendfürsorge mit HJ und NSV, aber auch mit Einrichtungen der kirchlichen Jugendpflege (Caritas, Diakonie) sowie Veränderungen der kommunalen Jugendarbeit unter Kriegsbedingungen.

3. Präsentation und wissenschaftliche Vernetzung

Die drei Bearbeiterinnen nehmen seit Beginn ihrer Forschungsarbeiten an Veranstaltungen des strukturierten Promotionsprogrammes ProMoHist teil, das der Vernetzung und dem Austausch mit Promovierenden der Neueren und Neuesten Geschichte an der LMU dient. Marlis Lapazinski hat in diesem Rahmen im Juli 2020 Ansatz und Gliederungsentwurf ihres Projektes vorgestellt. Im Sommersemester 2020 haben Marlis Lapazinski und Clara Sterzinger-Killermann ferner am Workshop „Recherchieren im Archiv“ des Graduate Center der LMU mit den Archivaren Dr. Daniel Baumann (Stadtarchiv München) und Dr. Markus Schmalzl (Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns) teilgenommen. Der Workshop bot hilfreiche Hinweise für ein erfolgreiches Arbeiten im Archiv, angefangen von rechtlichen Hinweisen über Praxistipps bis zu einschlägigen Literaturempfehlungen.

Bei einer gemeinsamen Besprechung am 30. September 2020 im Stadtarchiv München haben die drei Bearbeiterinnen über die Besonderheiten ihrer Themen und einzelner Bestände des Stadtarchivs München berichtet.

Lena Pedersen hielt auf einem Workshop zum Thema „Lustration: Bürokratische Eigenlogik und politische Regimewechsel im 20. Jahrhundert“ einen Kurzvortrag, der am 24./25.09.2020 als Kooperation der Universität Wien und des Instituts für Zeitgeschichte digital stattfand. Darin befasste sie sich mit der Symbolkraft der Amtsketten

der Münchner Bürgermeister im NS. Außerdem stellte sie im November ihre vorläufige Gliederung und Leitfragen im Rahmen von ProMoHist vor und erhielt dort wertvolle Rückmeldungen.

Im Dezember 2020 stellten Marlis Lapazinski, Lena Pedersen und Clara Sterzinger-Killermann bei einem gemeinsamen Vortrag im Rahmen des Oberseminars „Neuere Forschungen zur Zeitgeschichte“ Einzelaspekte ihrer Projektthemen vor. Als Klammer, um die drei Projekte thematisch zu verbinden, diente dabei die Frage nach dem Ausmaß von Handlungsspielräumen der Münchner Stadtverwaltung im Nationalsozialismus.

Clara Sterzinger-Killermann nahm im Januar 2021 an einem zweitägigen digitalen Workshop „Lesestrategien für Promovierende: Lesen – Verstehen – Erinnern“ des GraduateCenter der LMU teil. Dabei ging es darum, die Techniken des *speedreading*, *smartreading* und *deepreading* zu erlernen und dadurch die eigenen Lesestrategien zu verbessern.

Lena Pedersen konnte im März 2021 an der digitalen „transmortale X – Neue Forschungen zu Sterben, Tod und Trauer“ teilnehmen, organisiert vom Museum für Sepulkralkultur und der Universität Hamburg. Vom 18. bis 21. Mai 2021 besuchte sie online die „Internationale Konferenz zur Geschichte und Erinnerung der nationalsozialistischen Konzentrationslager“, organisiert von der Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten, und am 22. April 2021 eine Sitzung des Forschungskolloquiums zu Familie und Verwandtschaft der WWU Münster. Beide Veranstaltungen beleuchteten Aspekte der Verfolgung im Nationalsozialismus und auch die Rolle der Kommunen. Zusätzlich nahm sie an einem Workshop des Schreibzentrums der LMU München zum Thema „Der rote Faden“ teil, der die inhaltliche Verbindung von Textteilen anhand eigener Texte diskutierte.

Marlis Lapazinski besuchte am 19. und 20. April 2021 den Online-Workshop „Rundum versorgt?“ des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung und hielt einen Vortrag zum Thema „Versorgung im Extremfall – Pläne und Praktiken der Lebensmittelversorgung auf kommunaler Ebene zu Beginn des Zweiten Weltkriegs“. Am 29. April 2021 nahm sie an der digitalen Sitzung des Kolloquiums Zeitgeschichte an der FU Berlin teil, wo Veronika Settele ihr Buchprojekt unter dem Titel „Wie die Tiere verschwanden und karge Fleischportionen üppig wurden: Die lange Geschichte der Massentierhaltung in Deutschland, 1860-2020“ vorstellte.

Clara Sterzinger-Killermann präsentierte im Sommersemester 2021 den aktuellen Stand ihrer Forschungen im strukturierten Promotionsprogramm ProMoHist. Dabei stellte sie den thematischen Zuschnitt, die vorläufige Gliederung und zwei Fälle vor, die das Verhalten der Stadtverwaltung gegenüber ihren Lehrkräften exemplarisch offenlegen.

Am 1. Juli 2021 nahmen die drei Projektmitarbeiterinnen an der Online-Konferenz „Vernachlässigte Quellen? – Die visuelle Überlieferung der NS-Diktatur in Archiven und ihre Erforschung“ des Stadtarchivs Stuttgart teil. Im Zentrum stand die Frage, wie Fotos und Filme in kommunalen Archiven für die Erforschung der Zeit des Nationalsozialismus gewinnbringend genutzt werden können.

Vom 26. bis 30. Juli 2021 besuchte Marlis Lapazinski das vom Institut für Zeitgeschichte jährlich veranstaltete Seminar „Aldersbacher Schreibpraxis“. Der Fokus des Seminars lag auf praktischen Übungen, bei denen die Teilnehmenden Texte verschiedener Gattungen verfassten und anschließend kritisch diskutierten. Im Juli tauschte sich Marlis Lapazinski außerdem mit Dr. Max Strnad, Stadtarchiv München, inzwischen Institut für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur, zu „Arisierungen“ während des NS-Regimes aus, um das Potenzial des Themas im Hinblick auf den Lebensmittelhandel in München zu überprüfen.

Als Sprecherinnen der Promovierenden des strukturierten Promotionsprogramms ProMoHist koordinieren Marlis Lapazinski, Lena Pedersen und Clara Sterzinger-Killermann seit dem Wintersemester 2021/22 für zwei Semester das Programm. Im Oktober 2021 nahmen sie an den digitalen Sektionen des 53. Deutschen Historikertags in München teil

Im Februar 2022 hat Marlis Lapazinski eine Sitzung des Seniorenstudiums des Kreisbildungswerkes Freising gestaltet, in der sie in einem Querschnitt ihre behandelten Themen vorstellte und einschlägige Quellen diskutierte.

Am 17. Februar erläuterte Ina Deppe im Stadtarchiv ihre konzeptionellen und thematischen Überlegungen in Anwesenheit von Dr. Manfred Heimers, Ltd. Archivdirektor des Stadtarchivs, Dr. Andreas Heusler, kommissarischer Leiter des Instituts für Stadtgeschichte und Erinnerungskultur, Prof. Dr. Hans Günter Hockerts und Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze, beide aus der Projektleitung.

4. Folgen aus der Corona-Pandemie

Der Berichtszeitraum war geprägt von der Corona-Pandemie und den sich daraus für die Projektmitarbeiterinnen ergebenden Einschränkungen, die weiterhin andauern. Die für die Arbeit unersetzlichen Archive und Bibliotheken waren phasenweise ganz geschlossen beziehungsweise nur sehr eingeschränkt geöffnet. Dabei stellt insbesondere die zeitweise stark eingeschränkte Zugänglichkeit des Stadtarchivs mit seinen für alle vier Promotionsprojekte zentralen Überlieferungen eine erhebliche Behinderung der Projektarbeit dar. Insbesondere im Bundesarchiv Berlin, wo ebenfalls wichtige Bestände liegen, sind Arbeitsplätze seit der Wiedereröffnung nach dem corona-bedingten Lockdown nur mit monatelangen Wartezeiten zu reservieren. Die Tabelle im Anhang gibt einen Überblick zu den corona-bedingten Einschränkungen auf dem Gebiet der Archive und Bibliotheken. Die Projektleitung übermittelte dem Kulturreferat mit Datum vom 5.7.2021 einen Antrag auf pandemiebedingte Verlängerung der drei städtisch finanzierten Projekte der letzten Forschungsphase. Das Kulturreferat teilte daraufhin telefonisch mit, dass es zunächst nur mit Mitteln für das Haushaltsjahr 2022 helfen könne, und zwar so, dass die am 31.5.2022 (Lapazinski) bzw. am 31.7.2022 (Pedersen) auslaufenden Verträge bis zum Jahresende 2022 verlängert würden. Daraus ergab sich ein Verlängerungsbedarf um zunächst 7 bzw. 5 Monate. Die beiden Bearbeiterinnen sind auf ihren Promovierendenstellen tariflich in den TV-L 13, Stufe 3, 65 % eingruppiert, woraus sich für 7 plus 5 =12 Monate die Summe von € 48.000 (Arbeitgeberbrutto) ergibt. Im Januar 2022 ließ das Kulturreferat mündlich mitteilen, dass diese Summe für die Verlängerung der beiden Stellen bis Ende 2022 bereitstehe.